

**Bezugspreise:**

Für Halle monatlich bei zweimonatlicher Aufstellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, sechs die Post monatlich 6,25 Mark, vierteljährlich 18,75 Mark, sechs die Post vierteljährlich 18,75 Mark. Zusatzen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter der Bezeichnung 'Halle' sind die Preise angegeben. Für den Versand nach anderen Orten sind die Postgebühren zuzurechnen. Die Preise sind ohne Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe, Halle-Zeitung gestattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1149, der Anzeigen-Abt. Nr. 1153 u. 1155, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

**Abend-Ausgabe.**

# Halle-Zeitung

**Fünfundfünfzigster Jahrgang.**

**Nr. 438.**

**Halle, Montag, den 19. September 1921.**

**Einzelpreis 30 Pfg.**

## Die S. P. D.-Tagung in Görlitz.

N. Gestern hat in Görlitz der Parteitag der S. P. D. begonnen. Von zwei großen Fragen wird die Konferenz beherrscht: Von der Frage der Erneuerung des Parteiprogramms und von der Frage der Verbreiterung der Regierungskoalition.

Man wird den Sozialdemokraten die Notwendigkeit der Erneuerung ihres Programms gern zugestehen. Denn das Erfurter Programm ist zum Teil erfüllt (S. B. Demokratie), zum Teil ist es von der Zeit überholt oder hat sich als nicht realisierbar erwiesen. Hierher gehören z. B. all die Erörterungen, die man mit den Sozialistierungsversuchen machen mußte. Die Sozialistierung war eine der größten Hoffnungen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, und sie ist zur bittersten Enttäuschung geworden. Darum gilt es neue Ziele, neue Ziele zu schaffen. Das hat sich aber durchaus als nicht leicht erwiesen; man hat erkannt, wie gefährlich es ist, keine Aufgabe zu entlassen. Und diese Enttäuschung würde ungesühnt weiterkommen, wenn man die Ziele zu weit steckte. Andererseits wird ein Programm, das auf dem Boden des vorhandenen aufbaut und sich innerhalb der Grenzen des Möglichen hält, sehr trocken und nüchtern wirken und bei weitem nicht die Suggestivkraft des Erfurter Programms haben. Daher sind alle Versuche, ein Programm zu bilden, bisher ergebnislos verlaufen. Auch diesmal dürfte sich der Parteitag in dieser Frage nicht einigen können, und es wird daher nichts anderes übrig bleiben, als den Programmrat einer neuen Kommission zur Überprüfung zu überreichen.

Wichtiger als diese Frage ist die Frage der Verbreiterung der Koalition. Dieser sind alle Versuche, die Regierung eine breitere Basis zu verschaffen, an der Weigerung der Sozialdemokraten gescheitert, mit der Deutschen Volkspartei zusammen in einem Kabinett zu arbeiten. Die Gegenstände sind angeblich zu groß, unüberbrückt werden zu können. Andererseits wird auch von sozialdemokratischer Seite nicht geleugnet, daß ein Regierungsabstand von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei eine politische Notwendigkeit ist. Denn nur so wird es der Regierung möglich sein, sich der Lösung der politischen Notsaufgaben mit einer bescheidenen Aussicht auf Erfolg zu nähern.

Ob man sich dieser Erkenntnis in Görlitz verschließen, aber ob man, wenigstens bedingt, sich zu einer Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei bereit erklären wird, wird sich bald zeigen. Wenn man einen Artikel von Friedrich Stampfer im Vorwärts glauben schenken darf, wird über die Notwendigkeit einer Verbreiterung der Regierungsbasis kein Streit auf dem Parteitag entstehen. Auch den Wunsch nach einer Lösung der, der Erfüllung dieser Notwendigkeit entgegenstehenden Schwierigkeiten könnte man aus Stampfers Artikel entnehmen. Democh erhebt es sich die Frage, ob es zu der von allen Mittelparteien gewünschten Einigung kommen wird. Denn Stampfer stellt als Hauptforderungen an jede Partei, mit der die Sozialdemokratie zusammen arbeiten soll, daß sie ihre Kräfte rüchellos zum Schutze der Republik zur Verfügung stellt, und zweitens, daß sie die Doppelrolle der Besonderen Klassen nicht nur in Worten beteuert, sondern auch in Werken bekräftigt.

Ob die Deutsche Volkspartei ihre Kräfte rüchellos dem Schutze der Republik zur Verfügung stellen wird? Man will es ihr von Seiten der Sozialdemokratie anscheinend leicht machen und spricht von einem Gärungsprozess der D. V. P., aus dem sie geläutert und ohne das Ideal der Monarchie hervorgehen soll. Es ist von diesem Prozess aber bisher nichts zu merken gewesen, und es ist auch kaum anzunehmen, daß die Partei den Sozialdemokraten zuliebe an ihren Grundanschauungen etwas ändern wird. Ein alter Monarchist, dem seine Königs-treue einen Teil seiner Weltanschauung ausmacht, kann ebenjedenfalls aus seiner Haut heraus, wie ein überzeugter Sozialist.

In diesem Sinne kann man das Ergebnis des Parteitages, was die Verbreiterung der Koalition betrifft, nur mit Skeptizismus erwarten.

**Görlitz, 19. Sept.**

In der Stadthalle wurde der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei mit einem Begrüßungsreden eröffnet. Die 2500 Personen füllende Halle war überfüllt. Zum Vorsitzenden wurden Wels-Berlin und Tschubert-Görlitz gewählt. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Hermann Müller hielt die programmatische Eröffnungsrede. Er richtete die wichtigsten Forderungen gegen die Kreise, die hinter den Wählern Erbsüßers standen und gegen die deutschnationale Partei. Er forderte, daß die Sozialdemokratie den Weg in die preussische Regierung hineinfinden müßte. In Bezugnahme der äußeren Politik kritisierte er scharf die Nichtaufhebung der Sanktionen. Unser Weg, sagte er, ist der des aktiven Kampfes für die Republik. Das wird auch der Weg zur Rettung der Arbeiterschaft.

Die Rede Müllers, deren scharfe Tonart besonders bemerkenswert ist, fand förmlichen Beifall.

Es fiel auf, daß Müller immer nur von deutschnationalen sprach und kein Wort gegen die Deutsche Volkspartei. Das Bestreben, der Deutschen Volkspartei nicht zu nahe zu treten, kam deutlich zum Ausdruck. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Rede Stresemanns auf dem Parteitag der D. V. P. in Westfalen. Er trat für eine möglichst breite Koalition ein. Wir geben im folgenden eine kurze Wiedergabe darüber.

## Stresemann für eine breite Koalition.

**Minden, 18. September.**  
Auf dem heute hier abgehaltenen Parteitag der Deutschen Volkspartei sprach Dr. Stresemann über die politische Lage.

Er betonte unter anderem, er sei überzeugt, daß die Politik der Mitte, daß das Eintreten für eine breite Koalition gegenwärtig die einzig mögliche Politik wäre, um aus dem politischen Sumpf herauszukommen. Wer das glaube, mit dem Kopfe durch die Wand rennen zu können, solle seine Hände von der Politik lassen! Wer auf dem Standpunkte der Gewalt stehe, stelle sich außerhalb der Partei. Die äußere und innenpolitische Lage dränge dazu, auf dem Boden der Versöhnung, unbeschadet der inneren Stellungnahme zur Frage der Staatsform dem Lande zu dienen.

Stresemanns Ausführungen fanden auf dem von etwa 800 weisungsfähigen Delegierten besuchten Parteitag einstimmige jubelnde Zustimmung.

## Die politische Orientierung des Handwerks.

Der Ehrenobermeister Knieß, M. d. R., schreibt uns: In seiner Arbeit geht das Handwerk daran, der Allgemeinheit zu zeigen, daß es seine Rechte gewahrt sehen will, und man darf sagen, daß die Beratungen in den größeren Städten, verbunden mit Vorträgen und Festreden, ganz gewiß nicht ohne Eindruck auf die Bevölkerung blieben. Wenn auch diese Tagungen in erster Linie der wirtschaftlichen Lage des Handwerks gelten sollten, so sollen aber auch die politischen Parteien angeregt werden, für die Interessen des Handwerks in den Parlamenten einzutreten. Es ist deshalb Grundgesetz der Hauptziele des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, bei solchen Veranstaltungen Redner aller politischen Parteien zu Worte kommen zu lassen. Das geschieht wohl in den meisten Fällen; aber ein stiller Beobachter kann doch bemerken, daß die Politik nicht immer so ganz gewahrt wird. Es war bemerkend, daß bei der gewöhnlich mehr oder weniger unvollständigen Rundlegung des Mitteldeutschen Handwerksverbandes in Magdeburg der Vortrag des Vertreters der Deutschen demokratischen Partei nicht auf der Tagesordnung stand, und daß die Presse ihn mit keinem Worte erwähnte. Das ist letzten Endes nicht vermerkt, da in Magdeburg eine demokratische Zeitung nicht mehr vorhanden ist. Aber daß der Kreisvorsitzende Bädermeister Aufhäuser die Rede, außerdem noch Vorstandsmitglied des Mitteldeutschen Handwerksverbandes, darauf hinwies, daß das Handwerk zur Förderung seiner Interessen sich den politischen Parteien anschließen müsse, und vor allen Dingen den Parteien, die die Förderung des Handwerks zum Zwecke der Wiederherstellung in ihrem Programm haben, und das sind die deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, eine andere kommt für das Handwerk nicht in Frage" (so wörtlich), das zeigt doch zum mindesten von einer Unkenntnis der politischen Konstellation, und wie auf Grund dieser Machtverteilung Gesetze erlassen und Anträge, die das Handwerk betreffen, häufig zu Fall gebracht werden. Die Sachlage ist doch so, daß die logen feingefühlten Parteien fast reiflos ihre Stimme hegehören müßten, wenn Anträge des Handwerks angenommen werden sollten, da die Sozialisten gemäß ihrem Programm in den meisten Fällen gegen die Forderungen des Handwerks stimmen. Wenn diese Unterstützung und Zurückführung der demokratischen Handwerker und ihrer Führer, wie sie in der Magdeburger Tagung herortrat, in den eigenen Kreisen so weiter geht, so darf man sich nicht wundern, wenn im Laufe der Zeit von einer Einheitsfront des Handwerks keine Rede mehr sein kann. Es ist deshalb zu wünschen, daß in Zukunft die führenden Männer des Handwerks in dieser Richtung tatkräftiger vorgehen und bei weiteren Veranstaltungen die Gleichberechtigung jeglicher politischen Meinung gewahrt wird.

## Das Reich und Bayern.

Die Preussische Staatsregierung übermittelt uns folgende Erklärung:

In der von dem Herrn Reichsminister am 15. d. M. im Ausschuss des Reichstags verlesenen Niederschrift, die der preussische Staatsminister für öffentliche Ordnung dem Herrn Reichsminister übergeben hat, ist von Ermittlungen die Rede, die in Bayern von dem Staatsminister veranlaßt worden sind. Diese Ermittlungen haben im Mai 1920 und zwar auf Anordnung der damaligen Reichsregierung stattgefunden. Zur Erklärung hierfür dient, daß der preussische Staatsminister für öffentliche Ordnung seit Beginn der Einrichtung auch von den Reichsministern in Anspruch genommen wird und von diesen Anträge empfangt; das Reichsministerium für öffentliche Ordnung war zudem damals erst im Entstehen begriffen.

Das preussische Staatsministerium hat von dem Herrn Reichsminister angeforderten Ermittlungen erst durch die Beteiligung der Niederschrift durch den Herrn Reichsminister im Reichstagsausschuss Kenntnis erhalten.

**Anzeigenpreise:**

Die 8 gelassenen 34 mm breite Millimeterbreite oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reflektoren 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen in sämtlichen Anzeigenbüros. Erfüllungsort: Halle. Erhöht täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 12, Dr. Braunhauser 17, sieben - Geschäftsstellen: Große Marktstraße 24 und Markt 24, Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 15.

Das Staatsministerium behauptet, daß beratige Schritte eines seiner Organe in einem anderen Lande stattgefunden haben, ohne daß darüber die Regierung dieses Landes unterrichtet worden war. Es behauptet weiter, daß darüber der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht worden ist, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit hatte, sich zu dem Ergebnis der damaligen Ermittlungen zu äußern. Gegen eine Wiederholung beratiger Vorstöße sind die geeigneten Vorkehrungen getroffen.

## Staatspräsident v. Kahr?

**Noch keine Entscheidung in München?**

München, 19. Sept. Auch am Sonntag ist keine Entscheidung in der bayerischen Reichsregierung über die Wahl, es ist darüber nichts nach außen gedrungen. Die maßgebenden Personen und Stellen halten sich naturgemäß zurück mit Angaben über den Stand der inoffiziellen Verhandlungen zur Regierungsbildung. In politischen Kreisen wird angenommen, daß die neuzeitliche Stelle eines bayerischen Staatspräsidenten Herr v. Kahr bestimmt ist, der damit dem Getriebe des politischen Alltags entrückt werden soll, das im Inneren seinen allen Willkürigen und Kompromissen abwendigen Wesen widerspricht.

## Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft zur Finanz- und Steuerprogramm.

Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft erklärt zu den neuen Steuergeheimnissen der Reichsregierung: Der Reichsausschuss kann zu den einzelnen Entwürfen vom Standpunkte der deutschen Landwirtschaft erst Stellung nehmen, wenn feststeht, welche Gesamtleistungen von der deutschen Landwirtschaft in der Weide, in den Gärten und in den Kommunen verlangt werden. Eine Übersicht hierüber zu geben, ist die Regierung bisher schuldig geblieben.

Grundätzlich darf die Besteuerung der Landwirtschaft nur bis zu der Grenze erfolgen, die einen rationalen Wert über überhaupt noch ermöglicht. Denn eine Überforderung dieser Grenzen verringert nicht nur, sondern verhindert die Erzeugung der Nahrungsmittel durch die Landwirtschaft, auf die das Deutsche Reich heute mehr denn je angewiesen ist. Eine Verhinderung dieser Erzeugung oder ihre Vermeidung - hat ihrer Förderung - bedeutet den völligen Niederkbruch der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands.

Einen etwaigen Rücktritt der Reichsregierung auf die sogenannten Sozialisten ist die Landwirtschaft als Landwirt nicht als Grund für die Hebung der Steuerlasten in dem Sinne solcher Steuerlasten überhaupt nicht; es kann ja auch nicht gehen, solange die deutschen Zahlungsmittel einer fortgeschrittenen Entwicklung unterliegen.

## Ueber deutschfeindliche französische Bestrebungen in den Kanalknoten

wurde bereits berichtet. Dieser Einfluß richtet sich nicht nur gegen das baltische Ausland als solches, sondern besonders auch eine weitere Abdichtung Deutschlands von den Wirtschaftsknoten im Osten. So kommt aus Moskau eine Meldung, die allerdings in Anbetracht des Notenwechsels zwischen Molotov und Tschitscherin als Lebenszeichen gelten kann, doch wegen der guten Information des in Frage kommenden Nachrichtenbüros besonders in den Hauptstädten seiner Nachbarländer ernste Beachtung verdient. Darin heißt es, das Moskauer Außenministerium habe durchaus zweifelhafte Berichte erhalten, daß die französische Regierung im Laufe der letzten Wochen verschiedene diplomatische Schritte unternommen habe, die Polen und Rumänien in einem neuen Feldzug gegen Ausland bewegen sollten. Am 3. September habe der französische Gesandte in Warschau der polnischen Regierung eine Note überreicht, in der er Bedenken ausgesprochen habe, daß sich gegenwärtig in Anbetracht der russischen Hungerkatastrophe für Polen und Rumänien eine günstige Gelegenheit ergäbe, an die Sowjetregierung maximale Forderungen in ultimativer Form bezüglich der Ausführung des Friedensvertrages zu stellen und im Falle der Nichtaufhebung des Ultimatus mit einer militärischen Beeinflussung zu drohen. In dieser Note verlangt Frankreich, die polnische Regierung solle unverzüglich die Demobilisierung der Armee einstellen und die Heeresführung dem französischen Generalstab übergeben. Auch werde in der Note ausgesprochen, eine weitgehende Hilfe Frankreichs könne Polen leisten. Die Hilfe könne aber transitorisch sein, falls Polen in der russischen Frage den Wünschen Frankreichs sich füge. Zum Schluß verweist die französische Regierung, die Sowjetregierung werde voraussichtlich das Ultimatum erfüllen. Im Weigerungsfalle aber werde Frankreich Polen die größte finanzielle und militärische Hilfe gewähren. Auch habe sich Rumänien bereits mit den Franzosen verständigt. Eine ähnliche Note sei Rumänien überreicht worden. Hieran anschließend heißt es in der Moskauer Meldung, daß die Regierung Polens und Rumänien den Vorstoß Frankreichs bereits in vordemendem Sinne beantwortet hätten.

## Polen neuer Ministerpräsident.

Warschau, 18. Sept. (Gazeta.) Von den Parteien wurde mit 236 gegen 145 Stimmen der Kellner der Reichstagskammer Schule Komitowski zum Ministerpräsidenten vorgewählt. Warzchal Mikulski hat darauf Komitowski mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

per  
ork  
ber  
b. H.  
ng.  
ng.  
ormus des  
weisen in  
mag leges  
verpflichtet  
für Ange  
Angelegen  
insuzachten  
gen  
schne  
atschulen  
leistr. 41  
er.  
phie.  
atschulen  
leistr. 41  
er.  
naquung.  
reiterer A  
Wittner  
die Bros  
Pep  
Sept. 21  
ericht.

# Keine Aufhebung der Sanktionen.

Englisch-französische Einigkeit.

Radikal die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, die am 15. September hätte erfolgen müssen, nicht vorgenommen werden ist, hatten über diese Frage zwischen der englischen und französischen Regierung Auseinandersetzungen begonnen, die zu einem neuen diplomatischen Konflikt zu führen drohten.

Die Pariser Wälder berichten demgegenüber in halbamtlichen Auslassungen bereits am Sonnabend abend, daß zwischen Frankreich und England in der Frage der wirtschaftlichen Sanktionen eine Übereinkunft im Gange sei, und daß die deutsche Regierung davon unterrichtet werde, daß die Verbündeten die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen davon abhängig machen, daß Deutschland vorher die internationalisierte Kontrolle der Ausfuhr- und Einfuhrbewilligungen anerkennt, und zwar eine Kontrolle, die vor Verteilung der Bewilligungen in Kraft zu treten hätte.

Reuter meldet jedoch geteilt, daß man in England den von Frankreich in der Frage der Aufhebung der Sanktionen eingenommenen Standpunkt als zu weitgehend ansehe. Der unerschrockene Widerspruch zwischen diesen beiden Meinungen findet seine Erklärung in einem Telegramm des Londoner Korrespondenten des „Journal“. Danach hat tatsächlich in dieser Frage die gestern ein sehr scharfer Gegensatz zwischen Frankreich und England bestanden. Gestern ist es zu einer Verständigung gekommen, darauf, daß England seine Bedenken gegen die weitere Aufrechterhaltung der Sanktionen aufgegeben und die Vorschläge eines französischen Standpunktes anerkannt habe.

London, 19. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Die „Westminster Gazette“ fordert die Regierung auf, zu erklären, ob sie mit der französischen die Aufhebung der Sanktionen betreffenden Entscheidung einverstanden ist, durch die der gute Wille der Alliierten vergrößert werde. Die deutsche Regierung habe ein Recht darauf, die Aufhebung der Sanktionen und besonders die Räumung von Düsseldorf zu verlangen.

## Ein Besuch des französischen Kriegsministers.

In Wiesbaden traf am Sonnabend der französische Kriegsminister Barthou ein und nahm im Hotel „Majouzeau“ Wohnung. Im Zusammenhang mit diesem Besuch scheinen gewisse Truppenbewegungen der französischen Besatzung zu stehen, die in den letzten Tagen in Wiesbaden und Mainz zu beobachten waren und die denen auch zahlreiche Tanks und Panzerzüge zur Verwendung gelangten. Zeitweilig sah man sie zu 70 Flugzeuge gleichzeitig über dem Rhein.

## „Abrüstung“?

Paris, 19. Sept. England tritt mit Mexiko und Japan in Wettbewerb zum Einfluß einer submerikanischen Flottenflotte. Man interessiert sich namentlich für den Hafen von Simbota in Nordserbien. Ein Abkommen für die Verwirklichung dieses Planes ist einflußreich der peruanisch-chilenische Streitfall, der noch nicht geregelt ist.

## Die Lage im nordfranzösischen Streitgebiet.

Die Truppen sind passive Zeitsieger.

Ein Telegramm aus Lille meldet, daß sich die Lage im Streitgebiet erheblich habe. Der Substantienverband hat beschlossen, die Betriebe nicht wieder zu öffnen, falls die Arbeiter in die Herabsetzung der Löhne nicht einwilligen sollten. Bei den verschiedenen Verträgen der Arbeiter, die Betriebe zu verlassen, nahmen die Truppen eine passiv Haltung an und widersetzten sich den Befehlen der Offiziere, die Arbeiter mit Gewalt zurückzutreiben. Jetzt

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“. Dienstag, den 20. Sept. Inhalt: Geheimrat v. Bernstorff bunt. Kindern. Roman von Fred Heiligs. Serio. Von Werner S. u. m. n. - Der Bergarbeiter. Von Karl Käthe. - Fahren des Wolf. Von August K. n. s. p. - Die Verstrachten. Von Hans Alfred K. i. m. - Die Unermüdbarkeit der Kreatur. Von Hans E. n. d. a. u. - Literatur.

## Ein Grabdenkmal für Carl Hauptmann.

Uns geht dichter Aufzug zu: Carl Hauptmann ist von uns gegangen in das andere Land, in das laute seines neuen, seines unsterblichen Wirkens. Das lauterste Herz hat aufgehört zu schlagen. Die reinste Seele, der deutschste unter den deutschen Dichtern ist dahin.

Er ist nie müde geworden, uns, seinem Volke, die Wege zu suchen in das Traumland des Lebens über den Weltkreisen, von dem nur die Dichter wissen, in den Reich verlorenen, stets gesuchten Garten eines höheren, präzisen, farbigeren, feineren Seins, an dem wir alle teil haben, zu dem wir alle emporgucken sollen.

Er ist ein Jüngling war, rang seine traumdarfuge Seele sich von Fortschritt und Fortschritt los, die er doch nie verdrängte, immer mit Kunst und Künstlerium in den Ordnungen seines Geistes zur Einheit verbunden hat — rang sich los von den Wiederungen der Wirklichkeitswelt, wanderte formenwärtig.

Die richte er jetzt auf einmal gefundenem Meisterium, immer rang er nach neuen Freisen. Wurde ein Schlichter in den Schatten der Seele, ein Traumdeuter und Umdeuter des Lebens, zuletzt ein Seher von neuen Höfungen, neuen Auserwählungen unserer Welt, selbst ein Dämon und Richter über alle Kleinheit der Zeit.

Zwei seiner Werke werden sich hinüberzetzen in den goldenen Welt der unsterblichen Kunst an freien Schritten: seine beiden letzten Dramen. Die kristallinen Säulen, an Worte und Ausdrucks seines höchsten Wertes, der Musik, geklärt, werden bleiben als Pfeiler im Dom deutscher Kunst. Die Arman an Hoffnung werden mit seiner Maßstäbe durch ihr verdorrtes Leben hangen und tragen und weinen, von seinen armenigsten Wesenbindern linden Stimmeln und doch irdischen, erdenklichen Trost empfangen. Die jungen Ströbenden, Wachenden, sich Zudenenden werden noch lange den irdischen Haben setzen in Schmerzigen lächelnden Einigkeit folgen. Aber solchen Fortschritt, aller solchen Kunst hat er auf den goldenen

lassen zwei Regimenter Infanterie nach Lille entsandt werden, obwohl die Arbeiterführer von Generalitäten abtreten, gerührt die radikale Richtung unter den Streikenden die Handhab. Der Ministerat beschloß, sie mit den Vorparlamenten im Streitgebiet.

## Verhandlungen zwischen dem Papst und dem Präsidenten der Zionistischen Exekutive.

Der Iobben in der Schlußsitzung des 12. Zionisten-Kongresses neben Prof. Weizmann wiederum zum Präsidenten der Zionistischen Exekutive ernannte Nathan Socolow erhielt vom Vatikan eine offizielle Einladung, nach Rom zu kommen, um mit dem Papst die Angelegenheit der heiligen Stätten in Palästina, sowie die Frage der Regelung der gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Zionistischen Organisation zu besprechen.

## Ein Zepplin für Amerika!

Washington, 18. Sept. (Savas.) Die Luftschiffahrts-Kommission hat den Präsidenten Harding gebeten, wenn möglich in Deutschland über den Ankauf eines Luftschiffes vom Zepplin Typ zu verhandeln.

## Spannung zwischen Dublin und London.

Die Tatsache, daß Lord George auf die letzte Antwort des irischen Ministerpräsidenten De Valera hin die Konferenz von Zwitern, in der man zu einer Einigung über den Status Irlands zu kommen hoffte, plötzlich abgelehnt hat, hat in England wie auch in Irland eine große Beunruhigung hervorgerufen. Man fürchtet, daß durch das Scheitern der Konferenz der erbitterte Kampf zwischen den beiden Ländern wieder aufkommen wird. Durch das Scheitern der Konferenz sind auch die Parteiämpfe in England wieder ausgebrochen. Die Morningpost schreibt, daß der Ministerpräsident in dieser Angelegenheit sehr gedemütigt worden ist, da er öffentlich von De Valera geschmäht worden sei, und das hingeworfen habe, ohne mit dem Wimmer zu zucken. Die Ansicht der Arbeiterpartei kommt im Daily Echo zum Ausdruck. Dort wird der Standpunkt De Valera verteidigt. Man erklärt, daß bei den wieder ausbrechenden Kämpfen die Sympathien der Arbeiter auf seinen Irlands seien. Abgesehen selbst Lord George an einer harten Erklärung und Neurage. Der Herzog des Königs Dowton, der sich augenblicklich in Schottland befindet, und ein Arzt aus Zwitern sind zu Lord George nach Galathea berufen worden. Der Press Association zufolge muß Lord George das Zeit hüten.

Auf die Antwort Lord Georges, in der der irischen Führer mitgeteilt wurde, daß die Konferenz von Zwitern durch das Verhalten De Valeras gescheitert ist, wurde in Dublin ein Kabinettbesitz abgehalten. Auch der Daily Express soll in den nächsten Tagen eintreffen werden.

## Lord George — De Valera.

In Erinnerung auf die letzte Antwort De Valeras erklärte Lord George, solange De Valera dabei beharren zu fordern, daß die irischen Vertreter als Vertreter eines unabhängigen souveränen Staates verhandeln, sei eine Konferenz unmöglich. Lord George verdrachte eine gute Nacht. Sein Gesundheitszustand hat sich bedeutend gebessert. Der Zeitpunkt seiner Rückreise nach London ist noch nicht festgesetzt.

## Lord George fährt nach Washington.

Paris, 19. Sept. Dem „Newport Herald“ zufolge wird Lord George zu Abflugswünschen nach Washington reisen.

## Spanische Offensiv in Marokko.

Madrid, 18. Sept. (Savas.) Ähnlich wird gemeldet, daß die Spanier in Marokko ihre Offensiv wieder aufgenommen haben. Nach intensiver Artilleriebeschießung be-

traffen seiner Trilogie, allem Wasch, allem Gewalttätigkeit hat er in seinem Krieg, in seinem abstrahieren Jaren Freibe angelehrt. Er hat in dem großen Kampf der Zukunft, dem Kampf zwischen Macht und Geist, fest und unverrückbar Stellung genommen.

Er feierte als Alternder seine höchsten Siege, ging in erglühendem Haar als Stürmer einer ganzen Jugend voran. Er war nie ein Vollenbeter, stets ein um Vollendung ringender. Er war einer der schöpferischen Meister in der Arbeit an dem jenseitigen Werkzeuge aller redender Kunst, allen sich verständenden Geistes: an dem Gut und Erbe unserer Sprache.

Da sein Werk nicht zwar vollbracht, doch zur Höhe geführt war, da seine Kräfte verzehrt waren, ist sein starkes Herz ermattet, ist sein edles Haupt müde in die Arme jordernder Liebe gesunken.

Nun ruht sein Leib, der ihm nicht Stütz und Teil wech, nur nie geschiedene Hälfte eines Ganzen, der Leidenschaft war, in dem Erdreich seiner schließlichen Heimat, die aller seiner Werte, allen seines Wirkens Nähr- und Wurzelboden war. Er ist zurückgelassen in dem Schoß der großen Mutter, der allgütigen Natur, die zu ruhen er nicht ablehnt, solange in seinem Guten Odem war.

Er ruht auf dem Hof der Toten zu Schreiberbau. Ruht uns ihm ein Denkmal rüsten, das seiner wert und von großer Kunst ist.

Alle, die je Liebe, Stärke, Betätigung ihres Seins von ihm und den Werken seiner Hand empfangen haben, werden gern zur Errichtung solchen Gedenkmaltes mitwirken. Der unterzeichnete Schmeigener unserer eignen Bundes, der hier nur in Vertretung einer weit größeren Zahl der Ehre der ihm Dankbaren, der ihm in Liebe Anhängenden, spricht, ist bereit, diese Bestehen anzunehmen.

Dem Ausschuss sind beigegeben: Geheimrat Ed. Arnhold; Prof. Peter Behrens; Jubil Bloom, Oberin, Hamburg; Prof. Kurt Bessig; Geheimrat Deutsch; Geheimrat Duisburg, Oberleiter; Prof. Max Debes; Prof. Hans Fechner, Schreiberbau; Hans Dohlf, Oberallmannsbau; Franz Dr. Kühner, Esfurt; Prof. Kienitz; Hans Meyer, Weimar; Dr. Walter-Freienfels; Prof. Hans Poelzig; Erbrüning Neub, Vera; Prof. Werner Sembart. Beiträge nimmt entgegen der Schmeigener: Hans Arnhold (Adr. Barthaus Gebrüder Arnhold,

gann der Vormarsch auf Rador. Die Mauern leisteten erbitterten Widerstand und gingen nur Schritt für Schritt zurück. Es gelang schließlich Rador zu besetzen. Die Mauern haben sehr ernste Verluste. Die spanischen Verluste werden als leicht bezeichnet. Den Spaniern sind große Mengen Waffen und Kriegsmaterial in die Hand gefallen. Die Mauern haben sich in die Berge zurückgezogen und zahlreiche spanische Gefangene zurückgelassen.

Die nächste Vollziehung der Wälderbündensammlung findet am Mittwoch, den 21. d. M. statt, da die Kommissionsarbeiten noch nicht so weit vorgeschritten sind, wie früher der Besammlung unterbreitet zu werden.

## Deutsches Reich.

Die Politik der Mitte. In der Nationalsozialen Korrespondenz“ werden sich nicht auf der Volkspartei der Streikern gegen die derzeitigen Pläne eines Reichstages, da bei zwei ziemlich gleichartigen Teilen des Volkes der eine sich von anderen nicht einfach beherzigen lasse. Zutreffend sagt Stresemann, daß die Politik der Mitte die Politik der Vernunft sei, die den einzig möglichen Weg eilt, durch den wir aus dem Wirwar der gegenwärtigen Verhältnisse herauszukommen vermögen.

Ausweisungen aus dem besetzten Gebiet. Seit dem 15. September sind nicht weniger als 145 Personen aus dem besetzten Rheinland ausgewiesen worden. Wenn man dies hoch, muß man daran denken, wie die Franzosen über die „deutsche Siedlerschaft“ in Belgien sich entäuert haben.

Die englische und ägyptische Regierung haben das Eruchen Deutschlands, Konstantinopel nach Ägypten zu entsenden, grundsätzlich genehmigt. Damit ist ein neuer Schritt zur Wiederaufnahme des Verkehrs zwischen den Nationen getan worden.

Der Schweizer Bundesrat hat dem Kaiser Karl die Exterritorialität für die Dauer seines Schweizer Aufenthalts bewilligt. Die völkerrechtliche Frage, ob entthronte Fürsten dieses Recht behalten, war kritisch, jedenfalls braucht Karl jetzt keine Steuern und Abgaben zu zahlen.

Zeitungsverbot. Die nationale „Freisauer Zeitung“ wurde am Grund der belannten Verordnung vom 19. bis 23. September verboten.

Die Erhebungen in der Morbische Esberger sind in München zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Von den unter dem Verdacht der Wälderarbeit Beschäftigten wurden zur weiteren Durchführung des Untersuchungsverfahrens sechs nach Offenburg gebracht. Fünf verbleiben in München.

Volle Ausnutzung des Grund und Bodens zu Erndtungswecken. Auf eine kleine demokratische Anfrage über die Verwirklichung zweier Güter bei Königsbrunn hat das Gut Wälderministerialministerium erwidert, daß das Gut Wälderministerhof Mitte September zur Zwangsversteigerung kommt. Falls durch die Zwangsversteigerung keine Abhilfe geschaffen wird, ist der Landrat angewiesen worden, sich mit dem Landesstatutamt und der Landbesitzschaft „Eigene Scholle“ in Verbindung zu setzen. Es ist daher zu hoffen, daß die seit dem Jahre 1916 verwaisteten Güter endlich wieder voll in den Dienst der Ernährung des Volkes gestellt werden.

Der Heimatschutz. Aus einer Antwort, die der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung auf eine kleine demokratische Anfrage erteilt hat, ist zu erfahren, daß die Vorarbeiten für ein Gesetz betreffend Denkmalpflege und Heimatschutz begonnen haben und tünlichst beschleunigt werden sollen, daß aber ein genauer Zeitpunkt der Vorlage des Gesetzesvertrages noch nicht angegeben werden kann.

Die Dienstleistung. Die Besprechungen über die einheitliche Regelung der Dienstleistungszulüsse, des Tragens von Dienstleistung usw. haben, wie aus einer Antwort des preussischen Finanzministers auf eine kleine Anfrage der

Berlin W. Französische Straße 33, für das Carl-Hauptmann-Denkmal.

Die Klänge des Leipziger Schauspielhauses. Für die Spielzeit 1921-22 des Leipziger Städtischen Schauspielhauses veröffentlicht der Schauspieldirektor Dr. Alwin Kronacher einen Arbeitsplan, der, ohne sich irgend einer Programmatik zu verschreiben, einen tiefen geistigen Zug aufzuweisen hat und bewußt den Plan der nächsten Spielzeit prägt. Das Ziel der Schauspielstellung ist u. a., auch weiterhin einer Dramenkunst zu dienen, in der der Zeitgeist im Sinne höchster Wesentlichkeit künstlerischen Ausdruck gefunden hat. Die Gefahr ist nicht zu übersehen, so heißt es in dem Arbeitsplan, daß der um eine neue Weltanschauung ringende Mensch die Kunst in die Stellung einer abseitigen Angelegenheit oder eines flachen Vergnügens dränge. Aus solchen Erwägungen ist der Aufbau eines geistig-künstlerischen Spielplans zu verstehen, der sich im Einzelnen gestaltet. Früh von Ulrich's Tragödie „Ein Geistesleut“ (der 1. Teil der Trilogie) wird die Dramen-Trilogie einleiten. Der 3. Teil „Dietrich“ wird nach des Dichters Mitteilung erst im April vollendet sein und dann auf seinen Wunsch sehr bald in Leipzig herausgebracht werden. Dann wird auch der Vorabend der Trilogie „Vor der Entschcheidung“ zur Aufführung gelangen, um mit der Trilogie („Ein Geistesleut“, „Vag“, „Dietrich“), zu einer Ulrich-Boche vereinigt zu werden. Von Ernst Toller wird „Die Wandlung“ zur Aufführung gelangen. Die Aufführung von Franz Werfels letzter dramatischer Arbeit „Spiegelmann“ wird dem Publikum Gelegenheit bieten, in dem Kampf zwischen Ethos und Kunst Partei zu ergreifen. Ferner sind folgende Aufführungen vorgesehen: Knut Hamsuns „Munter Land“, Joachim v. d. Goltz, „Kaiser und Söhne“, Alfred Brück „Der singende Fisch“, Erich Kästner „Tod und Wasser“ und schließlich auf der Künstler-Vereinigung, Goethes „Faust“, „Egmont“, „Wallenstein“, „Hamlet“ und „Romeo“, Hamann Moland's „Danton“, Weckede's „Franziska“, Shaws „Käfer im Geoparat“, Weckede's „Der Irdische“, August Strindbergs „Die Brandstätte“ und sehr bald in in Schuppen gegebenes Spiel in Berlin „Die große Landstraße“ zur Aufführung an-